Einwohnerantrag: Maßnahmen gegen den Mietennotstand in Hannover ergreifen!

Die Unterzeichnenden stellen nach § 31 des Kommunalverfassungsgesetzes von Niedersachsen den folgenden Einwohnerantrag.
Der Rat möge beschließen:

1. **Wir erkennen an, dass die Mieten in Hannover ein für viele unerträgliches und nicht mehr finanzierbares Niveau erreicht haben, insofern besteht ein Mietennotstand.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, ein Maßnahmenpaket zur Entlastung der davon betroffenen Menschen zu erarbeiten und es dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.**
3. **Für dieses Maßnahmenpaket sollen u.a. folgende Punkte als Möglichkeiten geprüft werden:**
   a. **Vorübergehendes Einfrieren der Mieten bei allen Wohnungsgesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist, auch bei Neuvermietung;**
   b. **Erhebung des Mietspiegels als Stichprobe aller Mieten (auch Bestandsmieten) statt Schätzung des Mietspiegels;**
   c. **die Zweckentfremdungssatzung wird dahingehend konsequent umgesetzt, dass Abriss von nutzbarem Wohnraum nicht genehmigt wird und Leerstand und Kurzzeitvermietung mit der Androhung von Bußgeldern unterbunden wird;**
   d. **Betreiben einer gemeinwohlorientierten Boden- und Baupolitik: Flächen im Eigentum der Stadt werden im Wesentlichen als Erbpacht vergeben und Förderungen zum Bau von Wohnraum mit Sozialbindung erhalten nur noch gemeinwohlorientierte Träger.**

Begründung: Der Mietennotstand in Hannover kann zu einer Verdrängung ganzer Bevölkerungsgruppen führen, die keinen angemessenen Wohnraum mehr finden. Mit diesem Einwohnerantrag wollen wir erreichen, dass sich der Rat ernsthaft mit diesem Problem beschäftigt und konkrete Gegenmaßnahmen entwickelt werden, um den Betroffenen zu helfen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Kostenschätzung: Die Vertretungsberechtigten erklären: Die Erfüllung der oben genannten Maßnahmen (Anerkennung eines Mietennotstands; Auftrag an die Verwaltung, ein Maßnahmenpaket zu erarbeiten und es dem Rat zur Entscheidung vorzulegen; Prüfung der genannten Punkte) erzeugt keine maßgeblichen Kosten. Welche Kosten eine Umsetzung des Maßnahmenpakets erzeugen würde, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bezifferbar, weil Inhalt und Ausgestaltung des Maßnahmenpakets, Ergebnisse der Prüfungen sowie diesbezügliche Entscheidungen des Rats noch nicht feststehen. Die laut Gesetzgebung geforderte Kostenschätzung der Kommune bei entsprechender Beschlussfassung des Rates wird auf 450.000,- € geschätzt.

Vertretungsberechtigte: Lars Kamperdicks, Jamil Kellou, Mareile Wynants; Alle: c/o die Linke Kreisverband Region Hannover, Goseriede 8, 30159 Hannover

Die Unterzeichnenden berechtigen die Vertretungsberechtigten, den Antrag im Falle eines Kompromisses zurückzunehmen oder im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten abzuändern, soweit dies für die Zulässigkeit erforderlich ist. Sollte das für einen Einwohnerantrag notwendige Unterschriftenquorum nicht erreicht werden, so ist der Antrag als eine an den Rat gerichtete Petition nach § 17 des Grundgesetzes zu werten.
Unterschriftsberechtigt sind alle Menschen mit Wohnsitz in Hannover ab 14 Jahren, egal mit welcher Staatsbürgerschaft. **Alle Eintragungen müssen leserlich und vollständig erfolgen**.

Nr.	Name	Vorname	Geburtsdatum	Straße mit Haus-Nr.	Ort	Datum	Unterschrift
1					Hannover		
2					Hannover		
3					Hannover		
4					Hannover		
5					Hannover		
6					Hannover		
7					Hannover		
8					Hannover		

Unterschriftslisten bitte schnellstmöglich zurückgeben an: Lars Kamperdicks, c/o die Linke Kreisverband Region Hannover, Goseriede 8, 30159 Hannover